

# WIR

## Wissenswertes aus dem INTEGRATIONSRAT

Nr. 13



Nov./Dez. 2012

### Modulare Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern

Der Integrationsrat schlägt vor, in Nürnberg ein Pilotprojekt zur modularen Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern, durchzuführen. Zugewanderte Akademiker/innen mit pädagogischem Profil sollen als Zielgruppe für den sozialen Beruf gewonnen und qualifiziert werden. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob dieses Projekt in Nürnberg im Rahmen des Integrationsprogramms durchgeführt werden kann. Mit den zuständigen Stellen (Kultusministerium, Arbeitsagentur, Jobcenter, evtl. BAMF) wären die Details zu verhandeln. Wünschenswert wären insbesondere:

- Zugewanderte Akademiker/innen mit nicht in Deutschland anerkannten Berufsabschlüssen sowie Personen mit entsprechenden Berufsausbildungen und pädagogischen Tätigkeiten sollen als Quereinsteiger gezielt angesprochen werden.
- Geprüft werden sollte:
  - a) Eine Weiterbildung als duale Ausbildung innerhalb von max. zwei Jahren durchzuführen (ein weiteres Jahr Berufspraktikum käme hinzu).
  - b) Eine berufliche Anpassungsmaßnahme an der Berufsschule oder an ähnlicher Einrichtung.
  - c) Eine Anpassungsmaßnahme als verkürztes Bachelor-Studium „Frühkindliche Pädagogik“ oder „Frühkindliche Bildung“ an einer Hochschule.
- Es ist sicherzustellen, dass die Teilnehmer/innen in dieser Zeit ein ausreichendes Einkommen erhalten.

Bei Zustandekommen des Pilotprojektes würde der Integrationsrat als Kooperationspartner in einem Unterstützungsnetzwerk mitwirken.

Der Vorschlag wird folgendermaßen begründet: In den nächsten Jahren werden alleine in Nürnberg mehrere Hundert Erzieher/innen benötigt. Wünschenswert wäre, wenn die Teilnehmer der Fortbildung eine sozialversicherungspflichtige Anstel-

lung bei einem Träger bekämen. Während der zweijährigen dualen Ausbildung könnten die Teilnehmer z.B. bei einer halben Stelle mit Vergütung ca. 2 1/2 Tage in der Woche die Fachakademie für Sozialpädagogik besuchen (ca. 20 Unterrichtseinheiten pro Woche). Nach einem weiteren Jahr im Betriebspрактиkum könnten die Teilnehmer nach insgesamt 3 Jahren offiziell den Abschluss als staatlich anerkannte Erzieher/innen erhalten. Alternativ zur dualen Ausbildung sollte auch eine berufliche Anpassungsmaßnahme, die durch Jobcenter und/oder Arbeitsagentur gefördert werden könnte, sowie ein verkürztes Hochschulstudium in die Überlegungen einbezogen werden.

Mit diesem Modellversuch könnten eine neue Zielgruppe für einen sozialen Beruf gewonnen, nicht genutzte Potenziale von Zugewanderten in einem sinnvollen Beruf genutzt und die Ungleichbehandlung von qualifizierten Zugewanderten nivelliert werden. Es ist an der Zeit, auch die pädagogischen Berufe interkulturell zu öffnen. Viele zugewanderte Menschen bringen pädagogische Qualifikationen mit, durch eine modulare Fortbildung könnten diese an den Bedarf der Institutionen angepasst werden.

**Einstimmiger Beschluss – Antragstellerin:  
Diana Liberova**

### Infoveranstaltung Tagesmütter/Tagesväter

„Unter welchen Voraussetzungen können Eltern mit Migrationshintergrund Tagesmütter bzw. Tagesväter werden?“ lautet eine Informationsveranstaltung von Integrationsrat, Jugendamt, Familienbüro und Tagespflegebörse. Die Veranstaltung findet statt am

- Dienstag, 04.12.2012, 18:00 Uhr im Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, Nürnberg

### Namensschilder bei der Ausländerbehörde

Der Integrationsrat begrüßt und unterstützt den Antrag zur Einführung von Namensschildern für Sachbearbeiter/innen in der Schalterhalle der

Ausländerbehörde Nürnberg, den die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen gestellt hat. In der Begründung wird angeführt: Als bürgerfreundliche Behörde und zur Erleichterung von Rückfragen sollten Namensschilder für Sachbearbeiter/innen in der Schalterhalle einer Ausländerbehörde selbstverständlich sein. Im Sinne einer Willkommenskultur sollen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre/n Ansprechpartner/in in einem städtischen Amt namentlich anzusprechen.

**Mit großer Mehrheit beschlossen – Antragstellerin:**  
**Diana Liberova**

### **Anforderung eines jährlichen Schulberichts über die Situation der Schüler/innen mit Migrationshintergrund**

Der Integrationsrat erbittet von der Verwaltung einen jährlichen Schulbericht über die Situation der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den verschiedenen Nürnberger Schulen. Dieser Bericht sollte insbesondere aussagekräftiges statistisches Material über die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund enthalten und die Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren aufzeigen.

**Einstimmiger Beschluss – Antragstellerin:**  
**Andja Skojo**

### **Beachtung der religiösen und kulturellen Selbstbestimmung der Menschen (Stellungnahme zum Moscheebau)**

Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung tritt grundsätzlich dafür ein, die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte zu achten und zu stärken. Die Gesetze bestimmen das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft. Darauf gilt auch die Religionsfreiheit in diesem Lande für alle gleichermaßen.

Die Toleranz gegenüber Menschen unterschiedlicher religiöser und kultureller Orientierung ist ein wesentlicher Bestandteil der freiheitlichen, demokratischen und pluralistischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Weder staatliche oder städtische Behörden oder gar Parteien dürfen – solange die Gesetze beachtet werden – den Einzelnen oder religiösen Gruppen vorschreiben wie und in welcher Form sie ihren Glauben, ihre Überzeugung oder ihre Kulthandlung ausüben sollen. Dazu zählen auch äußere Merkmale wie Minarett, Kirchturm oder Kuppel. Das Toleranzgebot gilt auch gegenüber den Menschen ohne Religionszugehörigkeit.

Da der Antrag für den Bau einer Moschee mit Minarett im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gestellt und von den Behörden auch als normaler Vorgang bearbeitet und genehmigt wurde, gibt es aus Sicht des Integrationsrates keine rechtlichen Beanstandungen. Die Moscheegemeinde wurde von der Bauordnungsbehörde weder bevorzugt noch benachteiligt.

Der Gleichheitsgrundsatz wurde beachtet.

Der Integrationsrat appelliert an alle Beteiligten, zu einer sachlichen Diskussion zurückzukehren. Bestehende Differenzen – zum Beispiel das von den Anwohnern vorgetragene Problem mangelnder Parkplätze – sollen geklärt bzw. in einer konstruktiven Diskussion eingebracht werden. So sollte z.B. geprüft werden, ob Anwohnerparkplätze eingerichtet werden könnten.

Die Begründung lautet:

Jede Metropole Europas – ob Lissabon, Zagreb, Berlin oder St. Petersburg – hat eine Moschee mit Minarett. Dies ist ein Normalzustand in Europa. Es sind weder architektonische noch städtebauliche oder gar integrationspolitische Gründe zu erkennen, um dem Bauträger zu raten, auf das Minarett zu verzichten.

Der Integrationsrat hätte sich entsprechend der Satzung eine rechtzeitige Information und Beteiligung seitens der Stadt gewünscht.

Religion ist Privatsache und der Staat (hier die Stadt) sollte sich daher zurückhalten. „Eine gelungene Integration ist nur mit dem Anerkennen und Respektieren der kulturellen und religiösen Vielfalt in der Gesellschaft möglich. Wir wünschen nicht nur Toleranz, sondern eine Akzeptanz auf gleicher Augenhöhe.“ (Erklärung des Integrationsrates vom 25.10.2010).

Der Integrationsrat hat sich in der Anfangsphase des Konflikts (im Frühjahr 2012) als Vermittler gesehen und die erste Informationsveranstaltung zum Thema Moscheebau am 18.05.2012 organisiert. Das Anliegen war – die in der Satzung verankerte Pflicht – unsere Hilfe zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger anzubieten: In § 1 (2) der Integrationsratsatzung steht: „Der Integrationsrat vertritt die Belange der Zuwanderer. Insbesondere wirkt er mit, deren Lebensverhältnisse zu verbessern und das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben in der Stadt zu fördern.“

In diesem Sinne würde sich der Integrationsrat freuen, wenn die beteiligten Parteien aufeinander zugingen.

**Einstimmiger Beschluss – Antragsteller: Ilhan Postaloglu und weitere Mitglieder des Integrationsrates**

### **Terminhinweise**

- Sitzung des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates:  
11.12.2012, 17:30 Uhr, Internationales Haus, Hans-Sachs-Platz 2, Nbg.
- Sitzung der Kommission für Integration:  
20.12.2012, 15:00 Uhr, Rathaus Nürnberg
- Sitzung des Integrationsrates:  
22.01.2013, 16:00 Uhr, Rathaus Nürnberg
- Sitzung des Bunten Tisches:  
13.03.2013, 18:00 Uhr, Nachbarschaftshaus Gostenhof, Nürnberg

## Aufgabenverteilung im Integrationsrat

Der Integrationsrat hat folgende Mitglieder für Ausschüsse und Bereiche benannt:

### a) Arbeitsausschuss Zuschussvergabe

Mitglied	Ersatzmitglied
Fr. Dr. Malygin	Hr. Thompson
Hr. Rodriguez	Fr. Gorelova
Hr. Zurawel	Hr. Muteba
Hr. Gündogdu	Hr. Greynshpol
Hr. Krikelis	Fr. Yiyit
Fr. Liberova	Hr. Göbbel
Hr. Petrovic	Fr. Skojo
Hr. Fernandez	Fr. Hauk
Hr. Postaloglu	Hr. Scala

### b) Beauftragte:

Gremium	Beauftragte/r	Ersatzper- son
Bildungsbei- rat	Fr. Dr. Malygin	Hr. Gündogdu
Seniorenbe- auftragter (= Vertreter im Stadtsenio- renrat)	Fr. Yiyit	Hr. Krikelis
Jobcenter	Hr. Zurawel	Fr. Skojo
Allianz gegen Rechtsex- tremismus	Fr. Liberova	Hr. Thompson
Bündnis für Familie	Hr. Muteba	Hr. Göbbel
ABA (Aktionskreis berufliche Qualifizie- rung junger Ausländer)	Fr. Skojo	Hr. Petrovic
Arbeitskreis Frauen in der Migrantinnen arbeit	Fr. Gorelova	Fr. Yiyit
Veranstal- tungsreihe Anstöße	Hr. Thompson	Hr. Fernandez
Vereinsfort- bildung A – Z (KuF)	Hr. Fernandez	Hr. Postaloglu
Begleitaus- schuss „Toler- anz fördern – Kompetenz stärken“	Hr. Thomp- son	Hr. Zurawel
Stadtteilfo- rum Lang- wasser	Fr. Yiyit	Fr. Dinges, Hr. Gündogdu

Stadtteilar- beitskreis Muggenhof	Hr. Krikelis	Hr. Fernandez
Beirat „Schu- lung religiö- ses Perso- nal“	Hr. Postaloglu	Hr. Gündogdu
Patientenver- tretung (Amtszeit 2013-2015)	Fr. Yiyit	Hr. Krikelis

### c) AGABY-Delegierte:

Delegierte/r	Ersatzdelegierte/r
Hr. Petrovic Hr. Thompson Hr. Krikelis Hr. Fernandez Fr. Liberova Hr. Rodriguez	Fr. Skojo Hr. Muteba Hr. Scala Hr. Postaloglu

### Impressum:

Geschäftsstelle des Integrationsrates,  
Internationales Haus, Hans-Sachs-Platz 2,  
90403 Nürnberg,  
Tel. 0911/231-3185, Fax 0911/231-8516,  
E-Mail: [integrationsrat@stadt.nuernberg.de](mailto:integrationsrat@stadt.nuernberg.de),  
Internet: [www.integrationsrat.nuernberg.de](http://www.integrationsrat.nuernberg.de),  
Redaktion: Diana Liberova (V.i.S.d.P.), Sevim Coşkun, Friedrich Popp